

MEHR DYNAMIK FÜR DEN ARBEITSMARKT



Welche Weichen gestellt werden sollten, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen, zeigt die Industrie.



Österreichische Post AG,
 MZ 03Z034897 M
 Vereinigung der österreichischen Industrie,
 Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER
 Müssen wir Arbeit wirklich gerechter verteilen?

Seite 2



AUSBLICK
 Wie die Energiewende vorangetrieben werden kann

Seite 4



WIEN
 Finale der ersten Health Challenge Vienna

Seite 10

Müssen wir Arbeit gerechter verteilen?

Durch Arbeitszeitverkürzung soll die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe verteilt werden. Die Idee ist nun wirklich nicht neu und völlig unpassend für Herausforderungen der 2020er+ Jahre.

Es wäre doch so einfach: Senken wir die Arbeitszeit und verteilen die vorhandene Arbeit schlicht auf mehr Köpfe. Schon sind die Probleme am Arbeitsmarkt gelöst. Das Schwierigkeit ist aber: Arbeit ist kein Kuchen, den man in beliebig viele Stücke aufteilt. Die Herausforderung ist nicht, die Arbeit zu verteilen, sondern sie zu schaffen.

Faktor Arbeit nicht verteuern

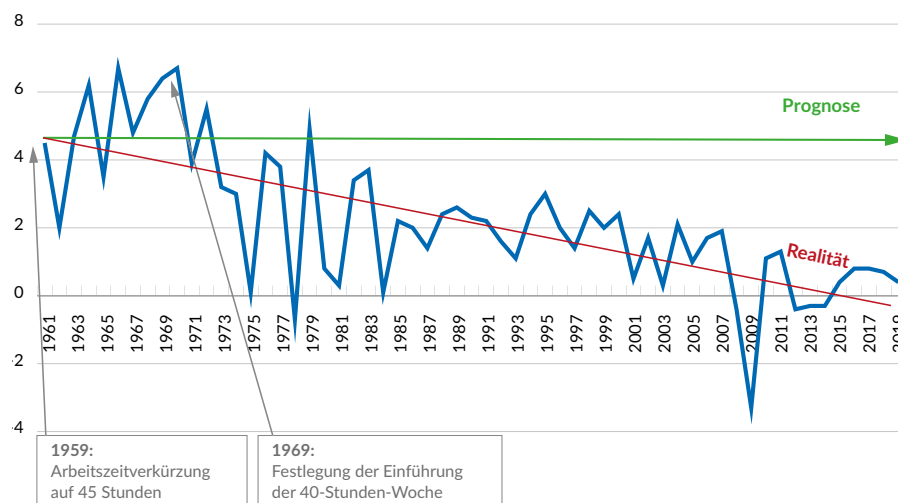
Es wird allgemein gerne vergessen, dass die Verkürzung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit und deren Verteilung auf mehr Köpfe in Österreich seit Jahrzehnten bereits eine gelebte Praxis ist. Frauen sind seit den 1970er-Jahren allmählich in den Arbeitsmarkt gedrängt und haben sich das steigende Arbeitsvolumen immer gerechter mit den Männern geteilt. Der Mann konnte seiner Ehefrau ja noch bis 1975 verbieten (!), überhaupt berufstätig zu sein. Das Resultat:

Die Herausforderung ist nicht, die Arbeit zu verteilen, sondern sie zu schaffen.

Die Arbeitszeit wurde auf mehr Köpfe aufgeteilt und damit auch insgesamt pro Kopf verkürzt. Anfang der 1970er-Jahre waren

Produktivitätswachstum in Österreich seit 1960

Reale Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft pro Beschäftigtem



Quelle: VGR, WIFO-Berechnungen, Ameco.

Erwartung und Wirklichkeit: Der Produktivitätsboom der Nachkriegszeit ist ausgelaufen und wir müssen uns mit einem bescheidenen Produktivitätszuwachs von unter einem Prozent pro Jahr begnügen.

noch weniger als 44 Prozent der Frauen in Beschäftigung – heute sind es über 72 Prozent – Tendenz steigend. Diese historische Wende der gerechteren Verteilung erfolgte jedoch freiwillig, der Lohn wurde an die individuelle Arbeitszeit angepasst und damit der Faktor Arbeit nicht verteuert.

Will man nun die Arbeitszeit wie in den 1950er-, 1960er- und frühen 1970er-Jahren gesetzlich für alle senken, dann muss man auch die Produktivitätserwartungen berücksichtigen. Als die 45-Stunden-Woche (von 48 auf 45 Stunden) im Jahr 1959 eingeführt

wurde, schrieb das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo damals in seiner Einschätzung noch wortwörtlich, dass „ein ziemlich kontinuierliches Wachstum der Produktivität je Beschäftigten um ungefähr 3 Prozent im Jahresdurchschnitt in den kommenden Jahren zu erwarten ist“. Daher erschien es damals auch legitim, eine Arbeitskürzung zu fordern.

Eine andere Realität

Wir leben aber heute in einer anderen Realität. Der Produktivitätsboom der Nachkriegszeit ist ausgelaufen und wir müssen uns mit einem bescheidenen Produktivitätszuwachs

von unter einem Prozent pro Jahr begnügen. Es gibt keinen wissenschaftlichen Hinweis darauf, dass dieser Trend in den kommenden Jahrzehnten umgekehrt wird, schon gar nicht in einer alternden Gesellschaft.

Daher: Wir dürfen nicht denselben Fehler machen wie der Keynesianismus der 1970er-Jahre: Auch er hat die hohen Wachstumsprognosen der frühen 1970er-Jahre von nominell bis zu 10 (!) Prozent pro Jahr auf die kommenden Jahrzehnte hochgerechnet und damit die explodierenden Staatsschulden gerechtfertigt. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne entsprechende langfristige Sicherheit über höhere Produktivitätszuwächse wäre genauso wenig nachhaltig für die Volkswirtschaft wie der bis heute falsch gelebte Keynesianismus.

Übrigens: Schon Keynes träumte vor 90 Jahren von einer Welt, in der aufgrund von Produktivitätsfortschritten und Kapitalakkumulation in unserer Generation nur mehr vier Stunden am Tag gearbeitet werden muss. Auch diese Utopie hat sich nicht bewahrt, weil sich jede Generation den Wohlstand, den sie konsumieren will, auch erarbeiten muss. Das hat sich seit damals nicht geändert.

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

GASTKOMMENTAR

Wie man mit Klimaschutz dem Klima schadet

Europa strebt den Status des globalen Musterknaben an und ist gerade dabei, mit überzogenen Vorgaben den Entindustrialisierungsprozess zu beschleunigen. Ein Vorgang, der dem Kontinent und dem Klima gleichermaßen schadet.

Nulich hatte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen ihren großen Auftritt: Die Kommission habe beschlossen, die Treibhausgasemissionen der Gemeinschaft bis 2030 um mindestens 55 Prozent unter den Wert von 1990 zu drücken, verkündete sie den Kern der neuen Klimastrategie der Union.

Ein hehres Ziel: Europa soll zum globalen Vorreiter im Kampf gegen den menschengemachten Teil des Klimawandels werden. Ist schließlich ein (noch) reicher Kontinent – und Klimaschutz muss man sich nun einmal leisten können. Aber schaffen wir das? Derzeit liegt das Treibhausgas-Reduktionsziel bei 40 Prozent unter dem Wert von 1990. Und nicht wenige Mitgliedsländer haben ernstere Probleme, selbst dieses Ziel zu erreichen. Österreich beispielsweise hat in den vergangenen 30 Jahren überhaupt keine Treibhausgaseinsparung geschafft. Und jetzt will man das innerhalb von 10 Jahren um 55 Prozent drücken?

Politische Ziele und deren konkrete Umsetzung sind eben zwei Paar Schuhe, die die Brüsseler Bürokratie fahrlässigerweise nicht besonders beschäftigen. Und nicht nur die: Auch die deutsche Politik beweist ja mit ihrer völlig verunglückten Energiewende

„Jede Produktion, die aus Europa in eine weniger klimafreundlich produzierende Region vertrieben wird, erhöht den globalen Treibhausgasausstoß.“

und dem mit Verve geführten Kampf gegen die eigene Autoindustrie, dass das erzielbare umweltpolitische Musterknabenimage in der politischen Bewertung weit über den möglichen Kollateralschäden steht. Die sind aber gewaltig: Europa leidet schon lange unter einer schleichenden Entindustrialisierung. Und dieser Prozess wird sich, wenn die Schrauben ohne Rücksicht auf konkrete Umsetzbarkeit angezogen werden, mit Sicherheit stark beschleunigen.

Mit weitreichenden Folgen für das Klima: Nirgendwo wird mit so hohen Standards so klimafreundlich produziert wie in der Alten

Welt. Nirgendwo ist der Treibhausgasausstoß pro BIP-Einheit niedriger als bei uns. Die drei großen Wirtschaftsblöcke kommen (kaufkraftbereinigt) auf ungefähr das gleiche Bruttoinlandsprodukt. Während aber die EU-27 für nicht einmal acht Prozent des globalen Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind, liegt der Anteil der USA fast beim Doppelten und jener Chinas beim Dreieinhalbfachen.

Kurzum: Jede Produktion, die aus Europa in eine weniger klimafreundlich produzierende Region vertrieben wird, erhöht den globalen Treibhausgasausstoß (und nur auf den kommt es an) und schadet damit dem Klima. Abgesehen von den sozialen Dimensionen. Denn Industriearbeitsplätze sind in der Regel auch die bestbezahlten in einer Volkswirtschaft. Fallen diese weg, steigt der Anteil des weniger zahlenden Dienstleistungssektors. Ein Zusammenhang, der von der auf Musterknabenimage fokussierten Politik gerne ausgeblendet (oder nicht verstanden) wird. Entsprechend linkisch sind die Versuche, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die EU-Kommission etwa hat angekündigt, die entstehenden Kostennachteile der Exporteure durch CO₂-Importsteuern und Subventionen für heimische Unternehmen abfedern zu wollen. Also eine Art Agrarsystem für die Industrie, das zudem den Keim von Handelskriegen in sich trägt.

Das ist eine furchtbare Entwicklung. Die Dekarbonisierung der Welt ist eine prioritäre Aufgabe, die viel Kraft und Geld erfordern wird. Der Kampf gegen den Klimawandel ist aber in viel größerem Ausmaß eine technische Frage als eine politisch-ideologische. Er kann also nur mit, nicht gegen die Industrie gewonnen werden. Politisches Musterknabentum ohne Rücksicht auf Verluste wirkt dabei kontraproduktiv und wird Europa stark entindustrialisieren, ohne der Sache wirklich zu dienen. Wollen wir das wirklich?



Josef Urschitz schreibt als Wirtschaftskolumnist (u.a. „Urschitz meint“) für die Tageszeitung „Die Presse“.

Fotos: „Presse“/Clemens Fahnry

Standort und Industrie sicher stärken

Die erfolgreiche Arbeit für den Standort ist wichtiger denn je.

Bei der Ordentlichen Vollversammlung der Industriellenvereinigung Anfang Oktober hat die dort vorgelegte Arbeitsbilanz gezeigt, dass für den Standort Österreich und seine Unternehmen sehr wesentliche Verbesserungen durchgesetzt werden konnten. Die gerade jetzt so wichtigen Investitionen werden etwa durch die auf 2 Mrd. Euro aufgestockte Investitionsprämie unterstützt. Die Corona-Kurzarbeit trägt auch die Handschrift der Industrie: Sie gibt den Betrieben Planungs- und Rechtssicherheit. Mit der degressiven Abschreibung sowie dem Verlustrücktrag für 2020/21 wurden weitere wichtige Empfehlungen der Industrie umgesetzt. Das gilt auch für die Maßnahmen zur Absicherung der Unternehmensliquidität, die auch Leitbetrieben zur Verfügung stehen. Auch die Lohnnebenkostensenkung zu Jahresbeginn, mehr Planungssicherheit im Forschungsfinanzierungsgesetz sowie 339 MINT-FH-Anfängerinnen- und -Anfängerplätze für das Studienjahr 2021/22 sind konkrete Erfolge der Industrie. Davon profitieren nicht nur unsere Betriebe, sondern ganz Österreich.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass die standortpolitischen Rahmenbedingungen für die Industrie weiter verbessert werden – gerade angesichts des angestrebten investitionsgetriebenen Wachstums. Bei der Investitionsprämie besteht etwa Handlungsbedarf bei den begünstigten Branchen (kein Ausschluss der Autobranche), der Höhe und der zeitlichen Dauer. Zur Stärkung der Eigenkapitalsituation brauchen unsere Betriebe

auch steuerrechtliche Maßnahmen, wie die Senkung der Körperschaftsteuer und die Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalzinsen. Die steuer- und SV-freie COVID-Prämie von bis zu 3.000 Euro im Jahr sollte als Mitarbeitererfolgsbeteiligung – wie im Regierungsprogramm vorgesehen – dauerhaft ausgestaltet werden. Außerdem werden wir auch nach dem März 2021 ein Kurzarbeitsmodell brauchen.

Fest steht: Gerade in äußerst unsicheren Zeiten brauchen unsere Betriebe berechenbare(re) Rahmenbedingungen. Denn die weltweite Pandemie ebbt nicht so schnell ab, wie dies manche gehofft haben. Die schwache Auslandsnachfrage wird bis Herbst und Winter anhalten. Umso stärker müssen die Maßnahmen sein, um unsere Betriebe wieder nach vorn zu bringen. Die Industriellenvereinigung wird weiterhin mit ihrem Know-how, ihrer Stärke und ihrer Vernetzung daran arbeiten, dass die Zukunft wieder bei uns daheim ist.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Arbeit ist kein Einheitsbrei, den man wie Eis portioniert. Das ist ein vielfältiger Qualifikationszustand mit unterschiedlicher regionaler Ausprägung.“

Hannes Androsch,
AT&S-Aufsichtsratsvorsitzender



„Für uns stellt sich die Herausforderung, wann der richtige Zeitpunkt für die Transformation ist – sei es mit einem E-Motor oder Brennstoffzelle mit Wasserstoffantrieb.“

Alexander Susanek
leitet das BMW-Werk in Steyr



„Mir scheint, der Menschheit wird auch im 21. Jahrhundert die Arbeit nicht ausgehen.“

Thomas Ertl,
Professor für Sozial- und
Wirtschaftsgeschichte an der FU Berlin

ZUKUNFT

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Investitionsprämie wirkt

Konkrete Investitionsanreize sind das beste Mittel, um die durch COVID-19 ausgelöste Wirtschaftskrise zu überwinden. Nur so lässt sich nachhaltiges Wachstum stimulieren, das für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich ist. Die aktuelle Grafik bestätigt, dass die Investitionsprämie – eine

von der Industriellenvereinigung empfohlene Maßnahme – wirkt. 1,4 Mrd. Euro Prämie lösten nach einem Monat mehr als 14,3 Mrd. Euro an Investitionen aus. Die im September vom Nationalrat beschlossene Erhöhung der Mittel auf zwei Mrd. Euro ist daher die richtige Maßnahme zur richtigen Zeit.



ZAHL DES MONATS

16.538

Die Industrie trägt auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten Verantwortung. Zum Stichtag 30. September bildeten die heimischen Industriebetriebe 16.538 Lehrlinge aus. Das entspricht einem leichten Plus von 0,5 Prozent im Jahresvergleich. Im Spartenvergleich ist die Industrie damit zweitgrößter Lehrlingsausbilder. Die niedrigeren Lehrlings-Zahlen im 1. Lehrjahr haben unterschiedliche Gründe: Punktuelle Einschnitte einzelner Branchen bei neuen Lehrverträgen verringern nicht die Schwierigkeit vieler anderer Industrieunternehmen, freie Lehrstellen zu besetzen. Neben regionalen Ungleichgewichten und mangelnden Vorkompetenzen wird jetzt z.B. auch spürbar, dass sich weniger Jugendliche aus berufsbildenden mittleren und höheren Schulen für eine Industrielehre bewerben.

Die Weichen für die klimaneutrale Zukunft werden gestellt

Wie das „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ die Energiewende vorantreiben soll und was aus Sicht der Industrie nötig ist, um die Mehrkosten zu begrenzen und es zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu machen.

Der Umbau des Energiesystems in Richtung Klimaneutralität zählt zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. In Österreich soll bis 2030 Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt werden, lautet das Ziel der Regierung. Bis dahin sollen Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik und Biomasse zusätzlich rund 27 Terawattstunden (TWh) Strom produzieren. Derzeit liegt deren Leistung mit weit überwiegendem Wasserkraftanteil bei rund 55 TWh, das fehlende Drittel soll bis zum Ende der Dekade dazukommen (siehe Grafik).

So lautet das Ziel des „Erneuerbaren Ausbau Gesetzes 2020“ (EAG 2020), das im September in Begutachtung geschickt wurde und bereits am 1. Jänner 2021 in Kraft treten soll. Dafür benötigt es freilich eine Zweidrittelmehrheit in National- und Bundesrat. Weitere Eckpunkte: Der Förderaufwand für den Erneuerbaren-Ausbau soll, durchgerechnet über drei Jahre, eine Milliarde Euro pro Jahr nicht überschreiten. Die Förderdauer soll einheitlich für alle erneuerbaren Technologien auf 20 Jahre festgelegt werden bzw. Nachfolgeprämien für bestehende Biomasse-Anlagen bis zum 30. (!) Betriebsjahr.

Verbesserung durch Planungssicherheit
Für die IV ist das EAG 2020 eine wesentliche Grundlage für die angepeilte Energiewende, deren Notwendigkeit für die Industrie grundsätzlich außer Streit steht. Der Gesetzesentwurf schafft Planungssicherheit für die Erichter und Betreiber von Ökostromanlagen – aber auch für die Industrie, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat.

Weiterer Pluspunkt des Gesetzesvorhabens sind innovative Elemente wie die Energiegemeinschaften, die eine gemeinsame Nutzung von regional produzierter erneuerbarer Energie – beispielsweise in einer Siedlung oder einem Gewerbegebiet – ermöglichen. Wesentlich ist zudem die vorgesehene stärkere Einbindung der Unternehmen in die Stabilisierung der Netze über die Netzreserve. Damit können Betriebe über ihre Energieabnehmer einen Beitrag zur Netzstabilität leisten und davon profitieren. Sinnvoll ist zudem, dass der sogenannte Aufbringungsmechanismus, der die Kosten für den Ökostrom deckelt, unverändert bleiben soll. Andernfalls



Das Zubauziel des EAG liegt bei 27 Terawattstunden (TWh) an erneuerbarer Erzeugung.

wären noch deutlich höhere Mehrbelastungen für die – insbesondere energieintensive – Industrie die Folge.

Förderung erneuerbarer Energie in Richtung Marktorientierung

Wo Licht, da auch Schatten: Diese Weichenstellung hat ihren Preis – private, gewerbliche und industrielle Stromkunden werden künftig direkt rund eine Milliarde Euro pro Jahr für die Unterstützung von erneuerbarem Strom bezahlen und noch einmal einige hundert Millionen jährlich an Folgekosten für Netzausbau und Ausgleichsenergie für die volatile erneuerbare Energie aus Wind und Sonne. Weitere Kritik übt die IV, wenn in einem Fördergesetz ein neues Genehmigungsregime etwa für Wasserkraftwerke eingezogen wird. Um die ehrgeizigen Energie-Ziele zu erreichen, braucht es schnellere Verfahren und keine neuen Hürden. Es liegt in der Verantwortung der Politik neben den Förderungen auch für diese Rahmenbedingungen zu sorgen.

Was ist nötig, um das EAG 2020 zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu machen? Aus IV-Sicht muss die Förderung erneuerbarer Energie deutlich in Richtung Marktorientierung weiterentwickelt werden. Dadurch kann die Belastung für private und betriebliche Energiekunden auf die im

Regierungsübereinkommen festgeschriebene Milliarde Euro pro Jahr begrenzt werden, was zudem auch im Gesetz selbst unmissverständlich zu verankern ist. Dies muss in der

derzeit noch laufenden Gesetzesbegutachtung sichergestellt werden. Denn das erhält letztlich auch dauerhaft die Akzeptanz für die Erzeugung erneuerbarer Energie.

COVID-19-KRISE FALSCHER ZEITPUNKT FÜR KLIMAZIEL-DISKUSSION

Bei ihrer Rede zur Lage der Union plädierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September dafür, die EU-Klimaziele weiter zu verschärfen. Die Treibhausgas-Emissionen der EU sollen bis 2030 um 55 Prozent unter den Wert von 1990 sinken.

Die Industrie bekennt sich zum bestehenden – im internationalen Vergleich sehr ambitionierten – EU-Ziel von -40 Prozent sowie zur Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts. Allerdings muss der Zeitpunkt für den neuen Ziel-Vorschlag kritisch hinterfragt werden: Denn dies erhöht den Druck auf Europas Wirtschaft noch einmal – und das mitten in einer der größten Wirtschaftskrisen seit Jahrzehnten.

Die Industrie plädiert dafür, zunächst die Wirtschaft zu stabilisieren und erst dann neue politische Zielsetzungen zu verkünden. Österreich muss bereits größte Anstrengungen unternehmen, um das bestehende Ziel zu erreichen: -36 Prozent bis 2030 gegenüber 1990. Der Fiskalrat hat errechnet, dass Österreich selbst im besten Fall – wenn es nämlich alle 300 Maßnahmen des nationalen Klimaplanes im Umfang von 170 Milliarden Euro umsetzt – dieses bereits bestehende Klimaziel nicht voll erreichen wird.

TRIGOS 2020: UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG IN ZEITEN VON CORONA

COVID-19 bedeutet einen Stresstest für Wirtschaft und Gesellschaft, die gesellschaftlichen Folgen sind bei weitem noch nicht abschätzbar. Dem Virus ist aber gelungen, was vielen Menschen nicht bewusst war: Es hat die wechselseitigen Abhängigkeiten und Zusammenhänge der Gesellschaft mit der Wirtschaft klar sichtbar gemacht. Unternehmen sind die Basis und der Motor für den „Restart“, ihre Innovationskraft und Haltung werden über die Qualität des Wiederaufbaus mitbestimmen. Gezeigt hat sich, dass jene Unternehmen, die sich bereits strategisch und systematisch einem verantwortungsvollen und nachhaltigen Wirtschaften verschrieben haben, mit Optimismus der Krise stellen und deren Bewältigung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen. Trotz Lockdown erreichte der TRIGOS – Österreichs renommierter Preis für verantwortliches Wirtschaften und Zukunftsfähigkeit – einen Einreichrekord. Drei IV-Mitgliedsunternehmen finden sich unter den Gewinnern in sechs Kategorien. Die Österreichische Kontrollbank in der Kategorie „Vorbildliche Projekte“, Fahren Gärtner in der Kategorie „Mitarbeiterinitiativen“ und PMS Elektro- und Automationstechnik in der Kategorie „Regionale Wertschaffung“. Weitere Information unter: www.trigos.at



Fotos: Gebärder Picel, AdobeStock

Europäische Weichenstellungen für FTI-Boost in Österreich nutzen



Das Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ startet 2021, die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen und das EU-Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ gehen in den Endspurt.

Heimische Unternehmen gehören beim EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ mit einer Erfolgsquote von 18,3 Prozent zu den Europameistern. Die Betriebe konnten daraus rund 500 Millionen Euro für ihre Forschungsaktivitäten lukrieren. Dabei glänzt Österreich vor allem in seinen FTI-Stärkefeldern Digitalisierung und IKT, Mobilität und Energie. Ende September einigten sich die EU-Forschungsminister auf die letzten Details des Nachfolgeprogramms „Horizon Europe“. Nun stehen die Verhandlungen mit dem EU-Parlament an.

„Horizon Europe“ vorgesehen. Dieses Geld soll vor allem in die Cluster „Digital/Industry“ und „Klima/Energie/Mobilität“ der 2. Säule investiert werden. „Damit können nicht nur die grüne sowie digitale Transformation in Europa vorangetrieben, sondern auch ganz gezielt F&E-Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft forciert werden – und zwar in Bereichen, in denen Österreich ganz vorne mit dabei ist“, erklärt IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka.

An transeuropäischen IPCEI-Projekten mitwirken

Von 2021 bis 2023 sind 750 Milliarden Euro für das Wiederaufbauinstrument vorgesehen. Dieses Geld hat auch ganz grundsätzlich strategische Bedeutung für den FTI-Standort Österreich. In Summe soll Österreich rund 3 Milliarden Euro erhalten, die entlang eines „Nationalen Wiederaufbauplans“ gezielt investiert werden sollen. Die Europäische Kommission ruft dazu auf, mit dem Wiederaufbauinstrument gezielt Forschung, Technologie und Innovation voranzutreiben. Das lässt sich ideal mit aktuellen politischen Schwerpunktthemen in Österreich vereinbaren: Noch heuer soll eine FTI-Strategie für die nächsten 10 Jahre entwickelt und rasch in Umsetzung gebracht werden. Zentrale Elemente sollten dabei die Umsetzung einer Technologieoffensive, das Aufsetzen eines „Fonds Zukunft Österreich“ sowie die österreichische Mitwirkung an transeuropäischen IPCEI-Projekten sein, wie dies auch im Regierungsprogramm vorgesehen ist. Für die IPCEIs „Wasserstoff“, „Low CO₂ Emissions Industry“ und „Mikroelektronik 2“ läuft aktuell eine nationale Ausschreibung an, um Interessensbekundungen der Industrie einzuholen.



„Mit kluger Schwerpunktsetzung im nationalen Wiederaufbauplan könnten wichtige Weichenstellungen für Kompetenzaufbau in Zukunftstechnologien gesetzt und EU-Mittel strategisch genutzt werden. Damit entsteht ein doppelter Nutzen: Sicherstellung

zusätzlicher Mittel, um das heimische FTI-Budget wesentlich zu erhöhen, und gleichzeitig entsteht ein echter FTI-Boost, der Österreich endlich dem langersehnten Ziel ‚Innovation Leader‘ näherbringt“, lautet das Resümee der IV-Vizepräsidentin.



IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka: Weichenstellung auf europäischer Ebene nutzen, um Forschung, Technologie und Innovation in Österreich zu stärken.

Für die Industrie ist entscheidend, dass mindestens 60 Prozent der Mittel in die 2. Säule „Global Challenges and Industrial Competitiveness“ fließen. Weitere IV-Forderung: 5 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ sind für

EUROPÄISCHE WERTSCHÖPFUNGSKETTEN MIT IPCEI STÄRKEN

„Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) sind ein Europäisches Instrument zur zielgerichteten Förderung von strategischen Wertschöpfungsketten. IPCEIs forcieren die Bildung von transeuropäischen Konsortien in industriellen Stärkefeldern und erlauben EU-Mitgliedstaaten staatliche Beihilfen über das geltende EU-Beihilferecht hinaus. Die

geförderten Unternehmensprojekte müssen einen wichtigen Beitrag zu den Zielen der Europäischen Union leisten und zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Wirtschaft beitragen. In Österreich haben Klimaschutzministerium und Wirtschaftsministerium im Oktober einen Aufruf zur Interessensbekundung in folgenden Bereichen

gestartet: „Mikroelektronik 2“, „Wasserstoff“ und „Emissionsarme Industrie“. Gesucht sind bahnbrechende Innovationsprojekte und anwendungsnahe Industrieprojekte heimischer Unternehmen in diesen Zukunftsbereichen. Die IV begrüßt ausdrücklich den Fokus der Bundesregierung, die technologieorientierte Industrie und ihre Wertschöpfungsketten über das Instrument IPCEI zu stärken.

WEBTIPP

Alle weiteren Informationen zu IPCEIs und den Eignungsvoraussetzungen finden Sie unter: www.bmk.gv.at/ipcei oder www.bmdw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/IPCEI.html

Familie & Beruf: Vereinbarkeit braucht mehr Kinderbetreuung mit mehr Qualität

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig Kinderbetreuung und Elementarbildung für Gesellschaft und Wirtschaft sind. Jetzt müssen Lösungen für die unmittelbaren Herausforderungen in Zusammenhang mit COVID-19 gefunden werden.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern hat die IV im September ein Forderungspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf präsentiert. Ziele sind eine breit ausgebaute, qualitativ hochwertige, leistbare Kinderbetreuung und Elementarbildung. So plädieren die Interessenvertretungen für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, der in zwei Etappen eingeführt werden soll: 2023 ab dem zweiten, 2025 ab dem ersten Geburtstag des Kindes. Die täglichen und jährlichen Öffnungszeiten müssen so gestaltet sein, dass sie eine Vollzeitarbeit für beide Elternteile ermöglichen. Zuständigkeiten beim Bund bündeln, lautet eine weitere Forderung. Denn die Krise hat einmal mehr deutlich gemacht, wie problematisch die uneinheitlichen Regelungen in der Elementarbildung und Kinderbetreuung



sind. Die Zuständigkeit soll daher langfristig auf Bundesebene wandern, die lange geforderte Festlegung einheitlicher, hoher Mindeststandards für die pädagogische Qualität bis dahin über die §15a-Vereinbarung gelöst werden. Um nicht den Anschluss an die internationale Ausbildung von elementarpädagogischen Fachkräften zu verlieren, braucht

es kurzfristig die im Regierungsprogramm angekündigte Ausbildungsoffensive für Pädagogen, mittelfristig einen Abschluss für Elementarpädagogik auf tertiärem Niveau. Weiters soll digitales Wissen als vierte Grundkompetenz gestärkt werden. Kinder müssen frühzeitig digitale Kompetenzen neben Lesen, Schreiben und

Rechnen erlernen – auch das ist eine Lehre des durch die Corona-Krise ausgelösten Digitalisierungsschubes. Dazu gehört ebenso die Hinführung zu MINT-Fächern.

In Elementarbildung investieren

Die von der Bundesregierung geplante Aufstockung der laufenden §15a-Vereinbarung ist nicht ausreichend. Im Schnitt investieren die EU-Staaten ein Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Kindergärten, Österreich ein Drittel weniger. Hier braucht es eine substanzielle Erhöhung der Mittel.

WEBTIPP

Das gemeinsame Forderungspapier der IV und Sozialpartner finden Sie unter: <https://bit.ly/3cHk84V>

Richtig Arbeit sichern und schaffen

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat – angesichts der konjunkturellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie – in Österreich auch politisch höchste Priorität. Die Industriellenvereinigung zeigt die Stellhebel auf, die einen Beitrag dazu leisten können, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen.

Der Arbeitsmarkt ist derzeit Österreichs Sorgenkind. Laut AMS sinkt erstmals seit 2009 die Beschäftigung – und zwar um 87.300 Arbeitsplätze. Dazu kommt die im Winter traditionell steigende Arbeitslosigkeit. Experten warnen vor einer Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Erholung am Arbeitsmarkt wird zäh: Die Zahl der Arbeitslosen soll laut Synthesis-Prognose nächstes Jahr lediglich um etwas mehr als 20.000 zurückgehen. Es könne zwei, drei Jahre dauern, bis die Arbeitslosenzahlen wieder den Status von vor der Corona-Krise erreichen, so Arbeitsmarkt-Experten.

„Wir müssen jetzt alles dafür tun, dass Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Dafür brauchen wir vor allem eines: nachhaltiges Wachstum und keine neuen Belastungen für unsere Betriebe“, so IV-Präsident Georg Knill. Die Industriellenvereinigung zeigt, welche Weichen gestellt werden können, um den Arbeitsmarkt in wirtschaftlich sehr herausfordernden Zeiten zu stärken.

1. Arbeit durch richtige Wachstumsimpulse

Zentraler Faktor für den Arbeitsmarkt ist die konjunkturelle Entwicklung. „Geht es mit der Wirtschaft bergauf, wächst auch die Beschäftigung wieder. Daher ist alles zu unterlassen, was den Betrieben schadet, wie etwa Arbeitszeitverkürzungen oder Überregulierungen“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Für die Industrie ist die Investitionsprämie ein wichtiges positives Signal, das in den Betrieben erfolgreich ankommt. Bereits einen Monat nach Ihrer Einführung hat die Investitionsprämie mehr als 14 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst. Gemäß einer IV-Forderung wurde das Instrument vor wenigen Wochen um eine weitere Milliarde Euro aufgestockt. Weitere Hebel für Wachstum bietet auch die Steuerpolitik. Als zusätzlicher Arbeitsplatzmotor soll die im Regierungsprogramm angekündigte Senkung der Körperschaftsteuer genutzt werden, fordert die Industriellenvereinigung.

Ein weiterer wichtiger Hebel sind die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen. „Jetzt muss es darum gehen, die Auswirkungen der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung auf die wirtschaftliche Entwicklung zu minimieren“, erklärt Knill. Konkret plädiert die Industrie dafür, dass Unternehmen auch jetzt bestmögliche Planbarkeit benötigen. Dafür müssten trotz Pandemie-Bekämpfung betriebliche Notwendigkeiten stärker berücksichtigt und Abläufe in den Betrieben gesichert werden. „Entscheidend ist das rasche Handeln der Gesundheitsbehörden bei Quarantäne-Maßnahmen und Testungen. Hier braucht es viel rascher

„Österreichs Industrie kann wesentlich für mehr Beschäftigung beitragen, wenn die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Wir brauchen eine deutliche Kostenentlastung und eine massive Qualifizierungsoffensive, die Betriebe und Arbeitnehmer weiterbringt.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Klarheit bei Verdachtsfällen“, verweist Neumayer auf aktuelle Probleme. Ein massives Problem, gerade für die stark exportorientierte Industrie, seien nach wie vor die Reisebeschränkungen.

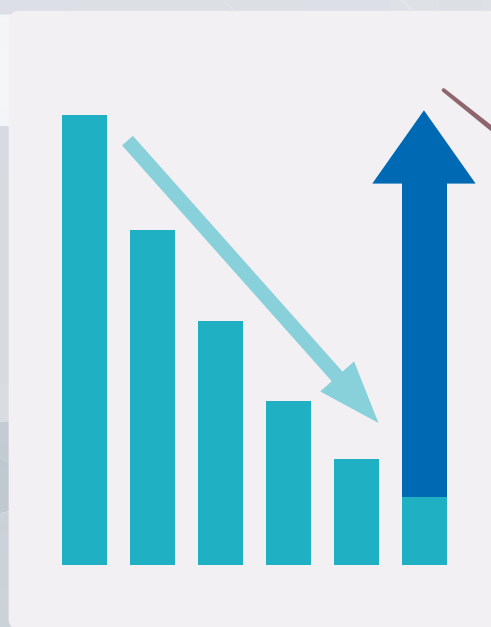
2. Arbeit durch weniger Lohnnebenkosten

Entlastung ist auch bei den Lohnnebenkosten angesagt. Sie sind ein zentraler Faktor für Standort und Beschäftigung. Laut Eurostat lagen die Lohnnebenkosten 2019 in Österreich mit 26,6 Prozent um 4,5 Prozentpunkte höher als in Deutschland mit 22,1 Prozent. Das Regierungsprogramm bekennt sich zur Entlastung des Faktors Arbeit und thematisiert eine Senkung der Lohnnebenkosten ohne Leistungsreduktion. Der Vorschlag der IV: Kurzfristig ist eine Senkung des Unfallversicherungsbeitrags von 1,2 auf 1,0 Prozent nötig. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist schließlich seit 1990 um mehr als 40 Prozent gesunken, doch statt die Beiträge entsprechend zu senken, wurden die Mittel in der Unfallversicherung in zunehmendem Ausmaß für unfallversicherungsfremde Zwecke eingesetzt. Mittelfristig stehen Senkungen der FLAF- und AIV-Beiträge zur Diskussion. So werden Beiträge für den Familienlastenausgleichsfonds vielfach für eher familienfremde Leistungen eingesetzt, wie Pensionsbeiträge. Der AIV-Beitrag ist in Deutschland für Dienstgeber und Dienstnehmer mit je 1,2 Prozent deutlich geringer als in Österreich mit je 3 Prozent.

3. Arbeit durch wirksame Anreize

Handlungsbedarf für Arbeit besteht auch bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherungen. Die IV empfiehlt eine degressive Gestaltung: Zu Beginn der Arbeitslosigkeit soll es mehr, dann aber weniger Geld geben, um den Anreiz zur Arbeitssuche zu verstärken. Auch AMS-Chef Johannes Kopf spricht sich für ein degressives Arbeitslosengeld aus. In das Arbeitslosengeld soll auch die Notstandshilfe integriert werden. Weiteres Anliegen der IV: Regelungen, die Fehlanreize setzen, sollen gestrichen werden. Dies gilt etwa für die Möglichkeit des Leistungsbezugs bei geringfügiger Beschäftigung. Dieser sollte begrenzt werden, um ein Verharren im Leistungsbezug hintanzuhalten. Auch die zumutbaren Wegzeiten sollen ausgeweitet werden.

Damit Berufseinsteiger und ältere Menschen verstärkt in den Arbeitsmarkt vermit-





telt werden können, plädiert die Industrie für die effizientere und effektivere Gestaltung der Arbeitsmarktförderungsinstrumente, wie zum Beispiel der Eingliederungsbeihilfe.

4. Arbeit durch betriebsnahe Qualifizierung

Die Bundesregierung hat zusätzliche Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen des AMS angekündigt („Corona-Arbeitsstiftung“). Für die Industrie ist wichtig, dass entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen möglichst betriebsnahe umgesetzt werden. Zudem sollte der Fokus auf arbeitsmarktnahe und praktisch ausgerichtete Aus- und Weiter-

stellen wollen.“ Hintergrund der IV-Forderung: Jene Schulungsmaßnahmen, die auf den konkreten Bedarf der Betriebe abgestimmt sind, weisen einen höheren Arbeitsmarkterfolg auf. Ihre Teilnehmer finden vergleichsweise schneller einen Arbeitsplatz. Arbeitstrainings, Arbeitserprobung und arbeitsplatznahe Qualifizierungen sollen daher entsprechend ausgebaut werden. Zudem wäre ein stärkerer Fokus der AMS-Vermittlungstätigkeit für Lehrlinge in Industriebetriebe wichtig. Beim Lehrlingsbonus sieht die Industrie noch Anpassungsbedarf: Wichtig wäre hier, dass große Unternehmen diese Förderung in derselben Höhe in Anspruch nehmen können wie KMU.

bei den Entsendemodalitäten bringen. IV-Präsident Georg Knill: „Österreichs Industrie kann wesentlich für mehr Beschäftigung beitragen, wenn die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Wir brauchen eine deutliche Kostentlastung und eine massive Qualifizierungsoffensive, die Betriebe und Arbeitnehmer weiterbringt. Arbeitsmarktpolitische Ideen aus dem vorherigen Jahrhundert wären gerade jetzt besonderes Gift für die Erholung des Arbeitsmarktes. Mehr Arbeit wollen alle – aber mehr Arbeit gibt es nur mit den richtigen Maßnahmen.“

„Geht es mit der Wirtschaft bergauf, wächst auch die Beschäftigung wieder. Daher ist alles zu unterlassen, was den Betrieben schadet, wie etwa Arbeitszeitverkürzungen oder Überregulierungen.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

bildungsaktivitäten in zukunftsträchtigen Qualifizierungsfeldern gerichtet werden, wie Digitalisierung, MINT, Internationalisierung, Umwelt, Pflege, Bildung und Soziales. IV-Generalsekretär Neumayer: „Schulungen sollen verstärkt in Kooperation mit Unternehmen durchgeführt werden. Arbeitssuchende sollen auf einen konkreten Arbeitsplatz hin geschult werden. Dies soll in Unternehmen erfolgen, welche die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter dann ein-

5. Arbeit durch Fachkräfte

Der Fachkräftebedarf bleibt für Betriebe – trotz der hohen Arbeitslosigkeit – weiter auf der Agenda. Viele Industriebetriebe suchen nach qualifizierten Fachkräften, um Aufträge annehmen und abarbeiten zu können. Fehlen diese Fachkräfte, dann bleiben auch Aufträge aus – mit negativen Folgen für andere Mitarbeiter. Die IV fordert daher, dass die von der Regierung geplanten Maßnahmen im Bereich Fachkräftesicherung und die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte zügig umgesetzt werden: So soll es einfachere Verfahren, geringere Gehaltsgrenzen und einen One-Stop-Shop bei der Austrian Business Agency geben.

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Absolut kontraproduktiv für mehr Arbeit in Österreich wären hingegen eine Arbeitszeitverkürzung – egal, ob als 35-Stunden-Woche, sechste Urlaubswoche oder Zeitzuschläge – sowie neue regulatorische Hürden für „Working from Home“ (siehe auch Kasten). Keine zusätzlichen Belastungen für seriös wirtschaftende Unternehmen dürfen Maßnahmen zur Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung bringen. Vielmehr sollten diese klar auf echte Fälle von Lohn- und Sozialdumping abzielen, und die Bürokratielast für die Betriebe allgemein reduziert werden. Statt überzogener Strafbestimmungen wäre ein Entfall der Kumulation sinnvoll. Echten Bürokratieabbau würde eine Vereinfachung

WORKING FROM HOME:

SO GEHT'S!

Rund 40 Prozent der Beschäftigten nutzten im April die Möglichkeit für „Working from Home“. Die Regierung hat angekündigt, die Regeln dafür anzupassen bzw. ein Handbuch mit Best Practice-Beispielen zu erstellen.

Aus Sicht der Industrie braucht es weiterhin Flexibilität und passgenaue Lösungen auf betrieblicher Ebene. Daher schlägt die Industrie Lösungen vor, die das Zusammenspiel auf betrieblicher Ebene weiter stärken sowie Rechtsklarheit für Unternehmen schaffen. Die IV spricht sich aber explizit gegen neue Hürden im Arbeitsalltag aus.

- Keine Gründung einer Betriebsstätte und Verkomplizierung der Lohnverrechnung für Unternehmen durch „Working from Home“
- Rechtliche Klarstellung zur Einlösung von Essensgutscheinen auch im „Working from Home“

- Homeofficepauschale für Arbeitnehmer
- Ausweitung der sachbezugsfreien Arbeitsmittel für das „Working from Home“ (z.B. Breitband)



Wissenschaft und Innovation spielen Hauptrolle im Kampf gegen COVID-19

Im September war Marcos Pontes, Brasiliens Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation, zu Gast in Wien. Bei einem Treffen mit Industrievertretern sprach er mit den iv-positionen über die Wirtschaftspolitik des größten Staates in Südamerika.

Welche wirtschaftspolitischen Prioritäten setzt die brasilianische Regierung aktuell?

Die Regierung Bolsonaro ist eine klare Verpflichtung zur Modernisierung des Staates und zur Öffnung für Privatinvestitionen eingegangen. Somit arbeiten wir an strukturellen Reformen, wie der Sozial-, der Steuer- und der Verwaltungsreform. Wir bemühen uns um die Modernisierung unserer Infrastruktur mittels Partnerschaften und

Privatisierungen. Auf internationaler Ebene setzen wir Prioritäten bei Handelsabkommen und dem Beitritt zur OECD. Im Moment spielen Wissenschaft, Technologie und Innovation die Hauptrolle im Kampf gegen COVID-19 und bei der Wiederankurbelung der Wirtschaft nach der Pandemie. Wir investieren zirka 500 Millionen Reais [Anm. rd. 77 Millionen Euro] in Forschung, Entwicklung und Innovation zur Bekämpfung des Coronavirus. Außerdem haben wir das Informatikgesetz erlassen, regulieren das „endowment“-Gesetz und werden den Gesetzesrahmen für Start-ups erstellen.

Brasilien ist bekannt für seinen hohen Anteil an Erneuerbarer Energie. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Regierung im Energie- und Klimabereich?

Brasilien hat sich der Nachhaltigkeit verpflichtet, in allen Bereichen. Wir wollen unsere Biome erhalten und beschäftigen uns damit, die Lebensqualität der Bevölkerung zu gewährleisten. Wir sind in der gesegneten Lage, über eine reichhaltige Natur zu verfügen, die es uns erlaubt, 83 Prozent der elektrischen Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu schöpfen. Beim Verkehr, ein großer globaler Umweltverschmutzer, nutzen wir in hohem Maße Biotreibstoffe. Das Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Innovation erhält alle Überwachungsdaten für das Monitoring aus dem Weltraum. Wir führen Programme zu Forschung, Entwicklung und Innovation für die Bioökonomie, zur Wiederherstellung der Ökosysteme, zum Schutz der Biodiversität, für Biotreibstoffe, Photovoltaikquellen, Wind- und Wasserkraft sowie zur Energieeffizienz durch.



Wie steht die brasilianische Regierung zum Mercosur-Abkommen?

Das Abkommen mit dem Mercosur und der EU ist ein historisches. Nach harten Verhandlungen haben wir die ausgezeichnete Möglichkeit bekommen, unsere wirtschaftlichen Verbindungen zu vertiefen, die schon sehr dynamisch waren. Die Handelsliberalisierung wird dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor Österreichs, der Industrie, direkte Vorteile bringen. Was den Mercosur an sich betrifft, unterliegt er auf dem Gebiet der Wissenschaft,

Technologie und Innovation einem kontinuierlichen Integrationsprozess. Die vier südamerikanischen Mitgliedstaaten führen auf dem sogenannten RECYT-Forum Aktionen aus, in den Bereichen Biotechnologie, Informationstechnologie und wissenschaftliche Verbreitung. Auf dieser Ebene gestalten sich die Interaktionen mit der EU fortlaufend, und wir alle sind bemüht, dieser Zusammenarbeit die Vorzüge der wirtschaftlichen Integration, die aus dem Abkommen Mercosur-EU hervorgehen, bestmöglich angedeihen zu lassen.



ZUR PERSON:

Marcos Pontes ist in Brasiliens Regierung seit 1. Jänner 2019 als Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation tätig. Er ist der erste und bislang einzige brasilianische Raumfahrer. 2006 arbeitete er 10 Tage in der Internationalen Raumstation. Pontes ist Absolvent des Aeronautical Technological Institute (ITA) und war lange Zeit als Projektmanager und Programmverantwortlicher in der Luftfahrt tätig.

Claudia Mischensky neue Vize-Generalsekretärin der Industriellenvereinigung

Claudia Mischensky ist seit 1. Oktober neben dem bisherigen IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren Vize-Generalsekretärin der Industriellenvereinigung. Diese Funktion wird sie zusätzlich zu ihrer bisherigen Arbeit als Geschäftsführerin der IV-Landesgruppe Kärnten ausüben. „Claudia Mischensky ist bestens qualifiziert, fachlich versiert und verfügt über langjährige Erfahrung als Interessenvertreterin. Wir freuen uns sehr, dass wir sie für das operative Team der IV-Geschäftsleitung gewinnen konnten“, erklärten IV-Präsident Georg Knill und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Mischensky wird in der IV insbesondere für die interne Koordination von Bundes- und Länderthemen verantwortlich zeichnen.



V.l.n.r.: Claudia Mischensky, Christoph Neumayer und Peter Koren

Dabei geht es auch um die Weiterentwicklung des IV-Netzwerks auf regionaler, politischer und Mitglieder-Ebene. Zu ihrer neuen Funktion betont sie: „Sehr gerne nehme ich die neue Herausforderung an. Gemeinsam

werden wir alles daran setzen, die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern bzw. wiederaufzubauen sowie die hohe Lebensqualität zu erhalten bzw. zu verbessern.“

IV-INTERN

ZUR PERSON:

Seit 2001 führt Claudia Mischensky die Geschäfte der IV-Landesgruppe Kärnten. Zuvor war sie als Universitätsassistentin an der Universität Klagenfurt sowie in der Creditanstalt tätig. Die gebürtige Klagenfurterin promovierte 1998 zur Doktorin der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Seit 2009 ist sie Mitglied im Wirtschaftspolitischen Beirat des Landes Kärnten, seit 2018 steht sie dem Kuratorium der FH Kärnten vor. Zudem bekleidet sie weitere Funktionen: Aufsichtsrätin der ISC International School Carinthia GmbH sowie stv. Vorsitzende des CIC Carinthian International Center. Mischensky ist verheiratet und Mutter von 2 Kindern.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sandra Bijelic, Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtcher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/istock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/Andrea Fritz-Pinggera, IV-Wien/WK Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Die Junge Industrie hat gewählt

Gleich in mehreren JI-Landesgruppen fanden Ende des Sommers bzw. zu Herbstbeginn Wahlen statt, hier eine aktuelle Übersicht. Details zu den neuen Vorstandsteams in den jeweiligen Landesgruppen finden sich auf den Landesseiten in der jeweiligen Ausgabe der iv-positionen bzw. auf der Website der Jungen Industrie (jungeindustrie.at). Aus Platzgründen findet Ihr hier einen Überblick über neue bzw. wiedergewählte Vorsitzende – Gratulation und Dank aber an alle, die sich freiwillig im Vorstand einer Landesgruppe der Jungen Industrie engagieren!



Junge Industrie Steiermark
Im Amt bestätigt wurde die steirische JI-Doppelspitze mit Julia Aichhorn (Aichhorn Gruppe) und Dominik Santner (Anton Paar GmbH).



Junge Industrie Kärnten
In Kärnten wurde ein neuer Vorsitz gewählt: Edgar Jermendy, Geschäftsführer der Paternioner Maschinenbau GmbH in Klagenfurt, folgt Paul Sommeregger nach. Seine Stellvertreterin ist Elisabeth Weihs (Panther Gruppe).



Junge Industrie Niederösterreich
Mit Christina Glocknitzer (Seal Maker GmbH) und Steven Blaha (Blaha Büromöbel GmbH) wurde in der JI Niederösterreich/Burgenland eine neue Doppelspitze gewählt. Sie treten die Nachfolge von Matthias Unger und Veronika Wüster an.



Junge Industrie Wien
Auch in Wien wurde gewählt: Vorsitzender bleibt Nikolaus Griller (Gebauer & Griller Kabelwerke GmbH), stellvertretende Vorsitzende ist Valerie Zupancic (Raffaelsen Bank International).



Seid's mutig!

Nach drei Jahren als Bundesvorsitzender neigt sich meine Zeit in der JI dem Ende zu – ein sehr persönlicher Kommentar.

So schnell geht es und drei Jahre sind um. Viel zu wenig Zeit, um die wirklich großen Dinge umzusetzen. Wobei das sicher keine Ausrede sein soll. Aber in drei Jahren des Ausprobierens lagen Erfolg und Misserfolg, Freude und Frustration manchmal nah beieinander.

Vor allem, weil man oft doch sehr überrascht wird, was dann wider Erwarten super funktioniert, und wo – selbst bei objektiv gesehen sinnvollen Projekten – kleinliche politische Frontstellungen Projekte verhindern. Dennoch oder gerade deswegen war es mir eine Freude und Ehre, so viele Jahre in der JI aktiv sein zu dürfen, als Krönung zum Schluss eben noch als Bundesvorsitzender.

Die JI ist wirklich sagenhaft vielschichtig, ich habe den Austausch untereinander immer als extrem spannend und auch gewinnbringend empfunden. Man kann stets neue Erfahrungen, ob nun mit Menschen oder Unternehmen und Branchen, sammeln – und sogar neue Freunde gewinnen. Ein unglaublich tolles Netzwerk, das sich gleichmäßig über ganz Österreich spannt. Gerade in den letzten Monaten hat mir Corona (auch wenn dadurch viele übliche Aktivitäten ausgefallen sind) gezeigt, wie wertvoll es ist, die Möglichkeit zu einem branchenübergreifenden Austausch zu aktuellen Problemen zu haben. Ich möchte keine Minute in der JI missen und bin für diese Zeit sehr dankbar.

Mein größter Dank gilt, und zwar im Namen der gesamten JI, vor allem der IV. Wir Jungen genießen hier immer die volle Unterstützung und einen Freiraum, um den uns jede andere Organisation nur beneiden kann. Besonderer Dank keineswegs nur, aber vor allem auch an Christoph Neumayer: Lieber Christoph, 1.000 Dank für steten Rat und Hilfe! Großer Dank gilt aber klarerweise auch allen Mitgliedern der JI – danke, dass ihr dieses Netzwerk bereichert! – und hier insbesondere jenen, die sich aktiv einbringen und ihre Freizeit der Arbeit in Funktionen, Arbeitsgruppen etc. widmen – danke! Funktionieren würde die JI nicht ohne engagierte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer – danke Euch für Euren Einsatz; und persönlich in diesem Sinne: Lieber Martin Amor danke für Deinen super Einsatz und diese wunderbare Zeit. Ich habe unsere Zusammenarbeit genossen.

Meinem Nachfolger und dem neuen Vorstandsteam möchte ich alles erdenklich Gute wünschen: Nutzt und genießt die Zeit, seid's mutig und entschlossen!

Herzlichst Euer

Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-OÖ-INITIATIVE WIRD ERWEITERT

Viele Maturanten und Lehrlinge stehen vor der Frage, welche Ausbildung die richtige sein könnte. Aus diesem Grund hat die JI-OÖ mit dem Verein zukunft.lehre.österreich das Projekt „MINToring“ erweitert, um angehende Studierende und Lehrlinge bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen. Die Teilnehmer profitieren bei individuellen Coachings vom Erfahrungsschatz heimischer Industrie-Leader, wie etwa: Peter Augendopler (backaldrin International The Kornspitz Company GmbH), Markus Huemer (CEO Polytec Holding AG) oder Elisa Schatzdorfer (Schatzdorfer Gerätebau GmbH & Co. KG). Eine Kooperation mit der TU Wien soll das Angebot abrunden.
<https://coaches.mint-ist-zukunft.at>



Unfold the future – mit Silicon Austria Labs

IV-INFO

Mit der Gründung der Silicon Austria Labs (SAL) im Jahr 2018 ist ein außeruniversitäres Spitzenforschungszentrum entstanden. Seine Aufgaben: Forschung im Bereich der elektronikbasierten Systeme (EBS) zu betreiben und damit zu einem europäischen Vorreiter zu avancieren.

In Zusammenarbeit mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft beschleunigt SAL den Wertschöpfungsprozess von der Idee zur Innovation mit exzellenter Forschung und wirtschaftlichem Nutzen. In Eigen-, Auftrags- und kooperativer Forschung mit Industriepartnern entwickelt SAL Lösungen für zukunftsorientierte Themen, wie z.B. Industrie 4.0, Energiewende, Mobilität oder Gesundheit. Einzigartig dabei ist das Modell im Rahmen der kooperativen Forschung: Kooperationsprojekte werden von SAL mitfinanziert und der Cash-Anteil der Industrie liegt bei lediglich 25 Prozent.

Mit drei Forschungszentren in Graz, Villach und Linz werden wichtige, in der Elektro-

nikindustrie etablierte Standorte abgedeckt. Diese ermöglichen es, ein breites Netzwerk an Industriepartnern direkt vor Ort bzw. in unmittelbarer Nähe zu betreuen. Ziel ist es, die österreichische EBS-Industrie international sichtbar zu machen und, damit verbunden, den Wirtschaftsstandort Österreich weiter zu stärken.

Silicon Austria Labs bietet Forschungsleistungen sowohl auf Modell- als auch Hardwareebene an, bezieht aber auch die dazugehörige Systemintelligenz mit ein. Geforscht wird dabei in fünf zukunftsweisenden Forschungsbereichen: Sensor Systems, Radio Frequency Systems, Power Electronics, System Integration Technologies, Embedded Systems.

Angebot für Unternehmen

Mit seinem Angebot spricht das Forschungszentrum vor allem jene Unternehmen an, die neue Technologien für sich nutzbar machen wollen – jedoch vor der Herausforderung stehen, nicht über das dafür notwendige technische Know-how zu verfügen. Um diese Forschungsschwerpunkte auch optimal abzudecken, stellt SAL dazu jene Ressourcen zur Verfügung, die Innovationen im Bereich der elektronikbasierten Systeme möglich machen: hervorragende Forscher und eine in Österreich einzigartige State-of-the-Art Forschungsinfrastruktur.

WEBTIPP
silicon-austria-labs.com



Changers.com und Neohelden gewinnen die erste „Health Challenge Vienna“

Die Partner der „Gesundheitsmetropole Wien“ – Wirtschaftskammer Wien, Ärztekammer Wien, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Wiener Gesundheitsverbund und IV-Wien – prämierten in einem spannenden Finale die Gewinner der ersten „Health Challenge Vienna“.

Ziel des Wettbewerbs war es, innovative Lösungen für zwei konkrete Anliegen im Gesundheitsbereich zu finden: einerseits die Digitalisierung von Papierprozessen („File-in“), andererseits die maßgeschneiderte Gesundheitsförderung („Tailored Health“). Nach einem umfangreichen Vorauswahlprozess traten beim Pitch Day in Wien Ende September neun Teams (vier aus Österreich, vier aus Deutschland, eines aus Großbritannien) mit spannenden Lösungen an, um in den beiden Challenges zu überzeugen. In einem hybrid durchgeführten Event entschied sich die Jury beim Thema „Tailored Health“ schließlich für das Unternehmen Changers.com, das mit seinen Apps spielerische Anreize für gesundheitsförderndes Verhalten setzt. Beim Thema „File-in“ konnte sich das Start-up Neohelden durchsetzen, das eine KI-gestützte Botlösung anbietet, die in so gut wie alle Systeme integrierbar und gleichzeitig mit modernster Sprachsteuerung ausgestattet ist.

Preise und Proof of Concept

Neben einem Preisgeld von jeweils 5.000 Euro erhalten die Gewinner auch die Gelegenheit, mit den teilnehmenden Stakeholdern mögliche Teststellungen für die „Gesundheitsmetropole Wien“ zu entwerfen. Erklärtes Ziel der fünf Stakeholder – Wirt-

schaftskammer Wien, Ärztekammer Wien, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Wiener Gesundheitsverbund und IV-Wien – ist es dabei, Wien durch innovative Unternehmen, Projekte und Lösungen noch stärker als Gesundheitsmetropole von Weltrang zu profilieren.

Wien 2030: Gesundheit ist Wirtschaftsfaktor

Dabei steht die „Gesundheitsmetropole Wien“ stets im Kontext der neuen Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie

„Wien 2030“, die von der Stadt Wien gemeinsam mit relevanten Stakeholdern – unter maßgeblicher Beteiligung der IV-Wien – entwickelt und nun mit vereinten Kräften in die Umsetzung gebracht werden soll. Die Gesundheitswirtschaft wird in diesem Zusammenhang als wesentlicher Faktor für die Stadtwirtschaft gesehen. Die Bedeutung dieses Sektors wird etwa auch durch aktuelle Berechnungen des Wiener Standortanwalts eindrucksvoll belegt. Demnach ist die Wiener Gesundheitswirtschaft für knapp 28 Prozent der Wiener Bruttowert-

schöpfung verantwortlich und schafft oder sichert jährlich über 236.000 Arbeitsplätze. Zugleich ist die Gesundheitswirtschaft auch ein Innovationsmotor: Allein in Wien wurden in den letzten Jahren über 120 Gesundheits-Start-ups gegründet. Die „Health Challenge Vienna“ will ein weiterer Katalysator für diesen Trend sein.

Die Challenge-Sieger: Changers.com und Neohelden

Changers.com ist eine App-basierte Gesundheits- und Klimaschutz-Plattform für Städte und Unternehmen. In maßgeschneiderten Wettbewerben können Teilnehmer gegeneinander antreten, um so spielerisch etwas Gutes für sich und das Klima zu tun. Belohnt werden die Teilnehmer etwa durch gepflanzte Bäume oder Kulturgutscheine.

Neohelden ist ein High-Tech-Start-up aus Karlsruhe, das mithilfe von „Neo“ einen flexiblen KI-Assistenten für Unternehmen anbietet. Über „Neo“ können sprach- sowie textbasiert Software-Systeme gesteuert und dadurch etwa File-in-Prozesse strukturiert und effizienter gemacht werden.



Neun Start-ups versuchten, die Jury von ihren Lösungen zu überzeugen.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: healthchallenge.wien

Nikolaus Griller als JI-Wien-Vorsitzender wiedergewählt

Bei der Vorstandswahl der Jungen Industrie Wien wurde Nikolaus Griller für drei weitere Jahre im Amt bestätigt. Valerie Zupancic bleibt stellvertretende Vorsitzende.

Nikolaus Griller (38) ist Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Gebauer & Griller Kabelwerke Ges.m.b.H. und steht bereits seit 2014 an der Spitze der Jungen Industrie Wien. Nach der JI-Wien-Vorstandswahl wurde er nun von den Vorstandsmitgliedern einstimmig in diesem Amt bestätigt und wird der Nachwuchsorganisation der Industriellenvereinigung Wien somit auch in der Funktionsperiode 2020-2023 weiterhin vorstehen. Nikolaus Griller ist außerdem stellvertretender Vorsitzender der JI-Bundesorganisation, Mitglied des IV-Bundesvorstands und kooptiertes Mitglied im Präsidium der Industriellenvereinigung Wien. Neben Griller und der stellvertretenden Vorsitzenden Valerie

Zupancic (Raiffeisen Bank International AG) wurden auch Valerie Szczepanski (Josef Manner & Comp. AG), Anna Schörghofer (Libro Handelsgesellschaft mbH), Ludwig Malina-Altzinger (A. Stadlbauer (gegr. 1845) Tankstellenbau und Betriebs GmbH), Franz Rumpler (Heindl Holding GmbH) und Maximilian Nimmervoll (DIAMIR Holding) als Vorstandsmitglieder im Amt bestätigt.

Neu im Vorstandsteam ist Markus Neubrand (GrECo International Holding AG). Er folgt Herbert Reininger nach, der altersbedingt mit seinem 40. Geburtstag aus dem Vorstand ausscheidet.

„Wir bedanken uns bei Herbert Reininger für sein jahrelanges Engagement und freu-

en uns darauf, als schlagkräftiger Vorstand drei weitere Jahre für die Junge Industrie Wien mit ihren rund 250 Mitgliedern arbeiten zu dürfen“, so Nikolaus Griller. „Die Junge Industrie ist ein starkes Netzwerk junger Unternehmer, Unternehmerinnen und Führungskräfte aus der Industrie und angrenzenden Sektoren. Als Industrienachwuchs liefern wir innovative Impulse für die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskussion und geben jungen Anliegen eine Stimme, innerhalb der IV ebenso wie nach außen.“

Schwerpunktthemen des Vorstands werden auch weiterhin die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie „Klima und Umwelt“ sein.



Eine Kosten-Nutzen-Analyse

Über mehr Eigenverantwortung und das gemeinsame Vorwärtkommen.

Das Corona-Virus bleibt weiterhin bestimmendes Thema und befällt gemeinsam mit der medialen Zuspitzung und stärkeren staatlichen Eingriffen auch die Vorstellung von unserer Eigenverantwortung. Ich plädiere daher für mehr Transparenz bei Kosten-Nutzen-Analysen, die natürlich medizinische, aber zugleich auch soziale, kulturelle und vor allem wirtschaftliche Maßnahmen ins Verhältnis setzen. Wir können die Krise nur dann weiter gut überwinden, wenn wir mehr Eigenverantwortung entwickeln. Hier sind auch einzelne Unternehmen gefordert. Viele von ihnen warten nicht mehr auf behördliche Teststrategien, sondern setzen bereits eigene Maßnahmen und Corona-Tests nach neuesten medizinischen Erkenntnissen um und tragen so zu einem sicheren Restart der Industrie bei. Wie Zusammenarbeit in der Krise auch funktionieren kann, hat die diesjährige Metaller-Lohnrunde gezeigt. Die Sozialpartner haben sich am ersten Verhandlungstag auf eine Lohnerhöhung im Ausmaß der durchschnittlichen Inflation des vergangenen Jahres geeinigt und damit gezeigt, dass diese besonderen Zeiten auch besondere Maßnahmen ohne politische Inszenierung erfordern. Dass dies möglich war, macht sichtbar, dass es nicht an dem so oft zitierten „System“ liegt, etwas zu verändern, sondern vor allem an Willen und Mut der handelnden Personen.

Am 11. Oktober hat Wien gewählt. Ich bin froh, dass das politische Hickhack zwischen Bund und Stadt nun ein Ende hat und fordere eine rasche Regierungsbildung auf Basis eines Zukunftsprogramms für die Technologie- und Umweltmetropole Wien. Die Probleme werden nicht kleiner! Die Corona-Krise zeigt auf, welch gewaltige Entwicklungsschritte möglich und notwendig sind. Für ganz Österreich ist jetzt ein Zeitfenster da, nicht nur kurzfristige Krisenbewältigung zu machen, sondern die längst überfälligen Reformen in Angriff zu nehmen. So hat die Regierung die Chance (und die Pflicht!) das Steuersystem ökologisch zu modernisieren, den Faktor Arbeit nachhaltig zu entlasten, eine Pensionsreform anzugehen sowie die Kalte Progression abzuschaffen. Denn die diesjährige Metaller-Lohnrunde zeigt auch, dass der Hauptgewinner dabei wieder der Staat ist: Die Arbeitnehmer werden um 1,1 Prozent mehr netto pro Monat auf dem Gehaltszettel sehen, während sich die Steuer- und Abgabenleistung um 1,9 Prozent erhöhen wird. Mit mehr Eigenverantwortung und Mut schaffen wir diese strukturellen Reformen und kommen gestärkt und zukunftsfit aus dieser Krise.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien



Wien-Wahl 2020: JI-Wien lud Kandidaten zum Gespräch

Am 11. Oktober wählten die Wiener einen neuen Landtag und Gemeinderat. Die JI-Wien tauschte sich im Vorfeld mit Vertretern der Parteien aus.

In fünf „Wien Wahl Talks“ gaben Christoph Wiederkehr (NEOS), Peter Kraus (Grüne), Peter Hanke (SPÖ), Gernot Blümel (ÖVP) und Maximilian Krauss (FPÖ) Einblicke in die Pläne der wahlwerbenden Parteien für die Stadt und den Wirtschaftsstandort Wien. Dabei stand in den (virtuellen bzw. hybriden) Einzelinterviews der Kandidaten mit JI-Wien-Vorstandsmitgliedern die gesamte Palette politischer Themen am Programm, angefangen von der Corona-Krise über die Wirtschafts-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik bis hin zur Sicherheits- und Migrationspolitik.





Wiener Arbeitsmarkt grundsätzlich besser durch erste Krisenphase gekommen

AMS-Wien-Geschäftsführerin Petra Draxl sprach mit den iv-positionen über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt, Kurzarbeit und die Zukunftsperspektiven für Wien.



ZUR PERSON

Petra Draxl
Geschäftsführerin des AMS Wien

In Wien sind derzeit (Stand August) etwa 170.000 Menschen arbeitslos oder in Schulung. Wie hat sich diese Zahl seit Beginn der Corona-Krise entwickelt? Welche Branchen sind hier besonders stark betroffen, welche weniger? Worauf müssen wir uns noch einstellen?

Im Februar waren in Wien noch 148.000 Menschen arbeitslos oder in Schulung, Ende April hatten wir den Höchststand mit fast 200.000. Seither ist die Arbeitslosigkeit kontinuierlich auf jetzt 170.000 Jobsuchende zurückgegangen. Davon haben aber nicht alle Gruppen gleichermaßen profitiert: Junge, Ältere, Geringqualifizierte, Personen mit Migrationshintergrund und Beschäftigte

im Tourismus sowie im Veranstaltungs- und Kulturbereich sind jene Gruppen, um die wir uns besonders werden kümmern müssen. Andere Branchen wie der Lebensmittelhandel oder der Gesundheitsbereich sind vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Die Arbeitslosigkeit wird saisonbedingt im Winter noch einmal ordentlich hinaufgehen. Wie sehr, hängt auch vom Wetter ab: Ein strenger Winter wird das Problem etwa im Bau vergrößern. Was das nächste Jahr betrifft, rechnet das Forschungsinstitut Synthesis in einer ganz aktuellen Studie mit einem Wirtschaftswachstum von 5,5 Prozent – was aber nicht ausreichen wird, um den heurigen Einbruch auszugleichen. Die Arbeitslosigkeit wird sich also 2021 nur sehr verhalten erholen, im Bau rascher, im Tourismus schlechter.

Etwas mehr als 50.000 Wiener sind zurzeit in Kurzarbeit. Ab Oktober geht die Corona-Kurzarbeit in die nächste Phase. Rechnen Sie hier mit großem Andrang? Wie lange ist das Modell der Corona-Kurzarbeit Ihres Erachtens überhaupt noch sinnvoll? Müssen wir uns auf Kapazitätsanpassungen in den Betrieben gefasst machen?

Ganz grundsätzlich ist die Kurzarbeit ein Modell, das bei einem kurzfristigen, zeitlich definierten Problem wie einer Krise oder einer Übergangsphase gut greift. Hier kann sie Unternehmen über die schwierige Zeit hinweghelfen und das hat sie auch jetzt wieder getan. Die Kurzarbeit setzt außerdem voraus, dass es Arbeit gibt – schließlich heißt es ja KurzarBEIT. Sobald ein Abschwung anhält und es tatsächlich weniger Arbeit gibt, ist die Kurzarbeit immer weniger das Mittel der Wahl und wir müssen

damit rechnen, dass mehr Menschen ihren Job verlieren. Wie groß der Anteil tatsächlich sein wird, wird sich erst herausstellen. Wir haben jene Unternehmen befragt, die die Verlängerung der Kurzarbeit in Anspruch genommen haben: Zwei von fünf würden auch in die kommende dritte Phase mitgehen. Wir vermuten, dass es tendenziell eher die größeren Unternehmen sein werden, weil das Modell komplexer geworden ist. Großbetriebe mit der ihnen eigenen Controlling- und Finanzlogik werden sich bei der Inanspruchnahme leichter tun als KMU.

Wie unterscheidet sich Wien – als einzige österreichische Millionenmetropole – von anderen Bundesländern bei den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt?

Die Entwicklung der Bundesländer war sehr unterschiedlich. Während die Arbeitslosigkeit Ende März in Tirol im Jahresvergleich um 200 Prozent und in Salzburg um fast 140 Prozent gestiegen war, war es in Wien ein Plus von nicht einmal 40 Prozent. Dafür ist die Arbeitslosigkeit in den Bundesländern auch wieder rascher gesunken, vor allem mit dem Anziehen des Sommertourismus – und dieser wiederum hat in Wien überhaupt keine Erholung gefunden. Heute liegt die Arbeitslosigkeit in Tirol noch um 60 Prozent über Vorjahresniveau, in Wien um 33 Prozent. Ein wesentlicher struktureller Unterschied zwischen Wien und den anderen Bundesländern darf nicht übersehen werden: Der Anteil an Dienstleistungs- und Verwaltungsjobs, die erstens krisenbeständig und zweitens auch im Homeoffice möglich sind, ist in der Hauptstadt natürlich viel höher. Der Wiener Arbeitsmarkt ist daher

grundsätzlich stabiler und besser durch die erste Phase der Krise gekommen.

Wie wirkt sich die Krise auf den Lehrstellenmarkt bzw. die Jugendarbeitslosigkeit aus?

Keine ganz einfache Situation: Wir haben um gut 22 Prozent mehr Arbeitslose unter 25 Jahren – und um 24 Prozent weniger offene Lehrstellen als vor einem Jahr. Dass die Jugendarbeitslosigkeit in solchen krisenhaften Situationen wie der jetzigen stark steigt, ist erwartbar. Die Jungen sind jene, von denen sich Unternehmen als erste trennen, und Betriebe nehmen in wirtschaftlich angespannten Phasen natürlich auch weniger Lehrlinge auf. Für die jungen Leute muss diese Phase aber keine verlorene Lebenszeit sein, im Gegenteil: Wer jetzt noch keinen Abschluss hat, der über die Pflichtschule hinausgeht, kann und soll die Zeit nutzen, um einen Lehrabschluss oder eine andere wertvolle Qualifikation zu machen. Im U25, unserem Haus für Jugendliche, führen wir gemeinsam mit der Stadt Wien Jugendliche in intensiven Bildungsberatungsgesprächen in diese Richtung.

Wenn Sie heute von einem jungen Menschen gefragt würden, welchen Bildungsweg er einschlagen soll, um sich gut am Arbeitsmarkt zu positionieren, was würden Sie ihm sagen?

Ich würde ihm raten herauszufinden, wofür er ein Herz und ein Hirn hat und mit welcher Beschäftigung er sich vorstellen kann, zumindest die ersten Phasen seiner Erwerbskarriere zu verbringen. Das kann eine HTL sein, ein Gesundheitsberuf oder eine Lehre zum Binnenschiffer. Wichtig sind Engagement, Interesse und die Ausbildung bis zum Abschluss durchzuziehen.